

Krisenbewegung wiederbeleben - 2012 zum Krisenjahr des Kapitals machen!

Ein Aufruf von REVOLUTION

Für das Frühjahr 2012 wird zu zahlreichen bundesweiten Aktionen gegen die Folgen der Wirtschaftskrise aufgerufen. Neben dem 1. Mai als traditionellem Kampftag der Arbeiterklasse wird von unterschiedlichen Gruppierungen auch auf den 31. März und zu einer Aktionswoche ab dem 15. Mai nach Frankfurt mobilisiert. Zeitgleich werden mit den Tarifrunden im Öffentlichen Dienst und in der Metall- und Elektroindustrie entscheidende Kämpfe von Millionen Lohnabhängigen gegen die Interessen der Bosse stattfinden.

Zur Koordinierung der Proteste wird zu internationalen Konferenzen der Krisenbewegung am 25./26.02. in Frankfurt und am 28./29.04. in Stuttgart aufgerufen. Dazu ist es höchste Zeit!

Besonders die Lage der Jugendlichen in Europa wie auch weltweit hat sich im Zuge der Krise in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Bereits im August 2011 lag die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland bei fast 44%, in Spanien bei 45%. Nicht zuletzt die massiv steigenden Nahrungsmittelpreise haben die Jugend in der arabischen Welt dazu gezwungen, gegen ein System zu revoltieren, das ihnen keinerlei Perspektive bietet. In Deutschland hingegen wurde der Niedriglohnsektor massiv ausgeweitet.

Fast 37% der jugendlichen Erwerbstätigen werden mit befristeten Verträgen, Teilzeitarbeit, Leiharbeit und Niedriglöhnen abgespeist – Tendenz steigend. Hinzu kommt die absehbare Verschärfung der Wirtschaftskrise und in deren Zentrum die Schuldenkrise der EU, welche zu weiteren Angriffen auf die Jugendlichen, Lohnabhängigen und Arbeitslosen führen werden. Eine Fortführung des Sozialabbaus und von Kürzungen im Bildungsbereich sind

vorprogrammiert und wurden mit der „Schuldenbremse“ festgeschrieben.

Wenn wir uns gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf unsere Schultern wehren wollen, dann müssen wir uns dagegen zusammenschließen! Die Bildungsstreiks im Herbst und die Occupy-Bewegung sind ein erster Schritt dazu und haben Zehntausende gegen Bildungsmisere und die Macht der Banken auf die Straße gebracht. Die Proteste brachten die Wut großer Teile der Jugend auf Kürzungsprogramme in Bildung und Sozialem einerseits und milliardenschwere Rettungsprogramme für Banken andererseits zum Ausdruck.



Eine zentrale Schwäche der Proteste war es jedoch, dass weite Teile der Bewegungen ihre Kritik vor allem an der „Dummheit“ oder „Gier“ Einzelner fest machten, statt die Logik hinter dem Handeln dieser Einzelpersonen aufzuzeigen: das kapitalistische System. Auch zeigte sich einmal mehr, dass wir unsere Forderungen nur durchsetzen können, wenn wir uns nicht vereinzelt, sondern mit entschlossenem massenhaftem Widerstand zur Wehr setzten.

Doch die großen reformistischen Organisationen wie SPD, Linkspartei und Gewerkschaften stellen der kapitalistischen „Krisenbewältigung“ keine Alternative entgegen und lehnen den Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten ab. Es ist jedoch notwendig, die Lohnabhängigen und Jugendlichen, die in Linkspartei, SPD und Gewerkschaften organisiert sind, für unsere Bewegung zu gewinnen. Die anstehenden Tarifrunden und die geplanten Krisenproteste machen eine Bündelung unseres Widerstands umso wichtiger.

Wir rufen deshalb alle Aktivist_innen, Bildungsstreikenden und Occupier dazu auf, sich an den Protesten gegen die Krise zu beteiligen und mit uns eine schlagkräftige internationale Bewegung aufzubauen. Um dieser Bewegung eine Perspektive zu geben, ist es nötig, konkrete Forderungen aufzustellen, die alle unterdrückten Schichten im Kampf gegen die kapitalistische Krise und ihre Auswirkungen vereinen und eine gemeinsame

Grundlage für Aktionen bieten. Als Forderungen schlagen wir vor:

- Kampf gegen alle Sparpakete, Rettungsschirme und Privatisierungen! Steichung der Staatsschulden in den „PIIGS“!
- Für eine 99%-Steuer auf das reichste 1%! Für ein Investitionsprogramm in Bildung und Soziales!
- Kampf gegen jede Entlassung! Enteignung von Betrieben, die entlassen unter Arbeiter_innenkontrolle!
- Verbot der Leiharbeit! Für flächendeckende Mindestlöhne, deren Höhe durch die Beschäftigten bestimmt wird!
- Gegen rassistische Hetze – für praktische internationale Solidarität!

Beteiligt euch an den lokalen Krisenbündnissen! Kommt zu den Krisen-Konferenzen am 25./26. Februar nach Frankfurt und am 28./29. April nach Stuttgart!

Fordert eure Bildungsstreikbündnisse auf, die Aktionen gegen die Krise zu unterstützen!

Unterstützt die internationalen Aktionen gegen die Krise am 31. März und von 15.-21. Mai in Frankfurt!

**Nur eine Massenbewegung
gegen die kapitalistische
Bahn”reform” kann S21
stoppen!**

Flugblatt von REVOLUTION-Stuttgart

Die Polizei steht bereit, klar Schiff zu machen – also die DemonstrantInnen

aus dem Weg zu fegen, um Platz zu schaffen für Abrissbirne, Bagger und Motorsäge. Diese wiederum werden nicht nur unwiderruflich Stadtbild, Natur und Verkehrsinfrastruktur zerstören, sondern vor allem unsere Milliarden in die Taschen einer kleinen, parasitären Clique von Kapitalisten, Managern und Bürokraten schaufeln.



Denn der Hauptgrund für das Bauprojekt ist nicht die „Leistungsfähigkeit“ des Bahnknotens (diese wurde schließlich trotz aller Lügen überzeugend widerlegt). Es ist vielmehr eine Umorientierung der Bahn auf zukünftige Rendite und die Schaffung lukrativer Investitions- und Spekulationsobjekte in Stuttgart – und die geht bekannt auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung, der großen Masse der NutzerInnen der Bahn (BerufspendlerInnen, SchülerInnen, Studierende, RentnerInnen), die höhere Preise für einen immer schlechteren Service, v.a. im Regionalverkehr zahlen sollen. Und sie geht natürlich auch auf Kosten der Beschäftigten, die immer mehr und flexibler arbeiten sollen – und für immer weniger Geld.

„Demokratische“ Repression droht

Und das soll nun und in den nächsten Monaten „demokratisch“ durchgesetzt werden durch „unsere“ Polizei.

Heute ist auch klar, wer am Ende die Fäden in der Hand hält, wenn die „demokratischen Institutionen“ ihren heiligen Glanz verloren haben: Polizeipräsident Züfle und sein Stab, also ungewählte Beamte, geben den Einsatzbefehl, Grube & Co. dirigieren im Hintergrund, während Kretschmann (der bekanntlich wesentlich durch die S21-Bewegung ins Amt gespült wurde) als „aufrichtiger Demokrat“ einräumt, dass die Zeit von Diskussion und Entscheidung nun eben vorbei ist.

Die Vorstellung, Rot/Grün würde S21 stoppen, hat sich als Illusion erwiesen. Die Klagen gegen das Bahnprojekt haben zwar das Projekt verzögert und so den AktivistInnen etwas Zeit verschafft. Aber wir müssen uns klar sein, dass die Gerichte letztlich das Projekt nicht verhindern werden. Im Gegenteil, die Hoffnung, dass diese das „für uns“ tun werden, hat große Teile der

Bewegung gelähmt. Die Aufgabe der Justiz ist es nicht, dem „Richtigen“ zur Geltung zu helfen, sondern die „Rechte“ der Herrschenden untereinander abzugleichen und dann gegen die Bevölkerung durchzusetzen.

Tatsächlich kann S21 aber nur durch eine Massenbewegung derer, die von dem Bauprojekt massenhaft betroffen sein werden, gestoppt werden: die ArbeiterInnen und Jugendlichen, die über Fahrpreise, Steuern, Verkehrschaos und Einsparungen zahlen werden.

Der Widerstand gegen S21 ist absolut legitim, weil es eine massive Umverteilung von unten nach oben bedeutet. Sichere Profite für Investoren und Aktionäre werden vom Staatshaushalt bezahlt und garantiert. Die Grundlage für S21 und andere Unsinnssprojekte ist nicht die Dummheit der Politiker. Vielmehr stehen dahinter die grundsätzlichen Interessen der Kapitalisten, die Probleme ihres Systems auf die Massen abzuwälzen – über Sparpakete, Konjunkturprogramme und Großinvestitionen zur Renditensicherung. Daher muss mit dem Kampf gegen S21 auch eine Perspektive zur Lösung der Krise verbunden werden: Notwendige Investitionen in Verkehr, Bildung und Soziales durch Besteuerung der Reichen! Keine „Rettung“ der kapitalistischen Profite!

Massenbewegung aufbauen - aber wie?

Unserer Meinung nach können kapitalistische Großprojekte nur durch eine Massenbewegung der ArbeiterInnen und Jugendlichen gestoppt werden. Gleichzeitig müssen wir auch gegen die massenhafte Verfolgung von S21-AktivistInnen kämpfen. Alle Verfahren müssen eingestellt werden! Rückzug der Polizei! Weg mit dem Containerknast!

Die Tausenden, die seit 2 Jahren auf der Straße waren und teilweise militanten Widerstand leisteten, haben gezeigt, dass entschlossene Massenproteste möglich sind. Die KämpferInnen und Erfahrungen werden auch in den kommenden Kämpfen dabei sein!

Wenn die Parkräumung und der Südflügelabriss beginnt, wird es wichtig sein, alle AktivistInnen dorthin zu mobilisieren! Massenaktionen im Park wird die Polizei nicht so einfach zerschlagen und auf den Wasen (Containerknast)

abtransportieren können wie vereinzelte, dezentrale Aktionen.

Nur in einer Massenaktion können wir entschlossenen Widerstand leisten und gleichzeitig zeigen, dass wir auch in kommenden Kämpfen gegen kapitalistische Umverteilung, Sparprogramme und Bildungskrise vor Ort sein werden! Dazu sind aber nicht nur die AktivistInnen, sondern auch die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung gefordert.

Um einen solchen Brückenschlag der Protestbewegung mit der großen Masse der Bevölkerung, mit Gewerkschaften, Jugend und auch den Beschäftigten bei der Bahn zu ermöglichen, müssen wir auch unsere Forderungen in dieser Richtung ausweiten:

- Milliarden für den Ausbau des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs im Interesse der lohnabhängigen NutzerInnen! Kostenloser Nahverkehr für alle!
- Keine Privatisierung, kein Börsengang der Bahn! Rückverstaatlichung der Bahn u.a. Verkehrsunternehmen! Kontrolle nicht durch Beamte oder Manager, sondern durch Komitees der Beschäftigten und der BenutzerInnen!
- Kein Lohnverzicht bei der Bahn u.a. Transportunternehmen! Gegen Arbeitshetze und immer schlechtere Arbeitsbedingungen! Unterstützen wir den Kampf der Gewerkschaften für die Erhöhung der Einkommen der Beschäftigten, v.a. in den unteren Lohngruppen und den Kampf für Arbeitszeitverkürzung!

Stuttgart 21 - Wo steht die Bewegung?

Bereits seit mehreren Monaten (genauer seit der Landtagswahl ende März) kann man sagen, dass die Protestbewegung gegen Stuttgart 21 am „dahin dümpeln“ ist. Die großen Mobilisierungen, die zehntausende gegen das

Spekulations- und Immobilienprojekt des DB-Konzerns auf die Straßen brachten,blieben seither aus.

Warum sind nur noch so wenige auf den Straßen?

Das liegt zum einen daran,dass die „großen“ Provokationen ausgeblieben sind, wie es sie zum Beispiel am 30.09. letzten Jahres gab, als die Schwarz-Gelbe Regierung unter Mappus mit massiver Gewalt gegen die Demonstrant_innen vorging. Lediglich durch die „Erstürmung“ des Grundwassermanagements, die Ende Juni stattfand, konnten mehrere tausend Leute zu einer Massenaktion gebracht werden.Nach dem Abriss des Nordflügels am Hauptbahnhof im letzten Sommer gingen bei der kurz danach stattfindenden Demonstration circa 65´000 – 70´000 Leute auf die Straße.

Der andere, weitaus schwerwiegendere Grund, aber ist, dass seitens des K21-Bündnis jegliche Mobilisierung zu Demonstrationen oder Aktionen weitgehend ausbleibt. Das Bündnis, dass sich sehr stark auf das Kleinbürgertum fixiert und in dem politische Kräfte, wie die Grünen dominieren ist nicht an einer weitergehenden Selbstorganisation, geschweige denn einer Ausweitung des Protestes interessiert! Selbst zu radikaleren Aktionen aufzurufen, wie Besetzungen oder Streiks, und, was noch viel wichtiger ist, sich mit denen zu solidarisieren, die einer massiven Repression und Hetzkampagne seitens der bürgerlichen Medien ausgesetzt sind, davon will man im K21-Bündnis nichts wissen. Dafür ist das Bündnis sofort an vorderster Front mit dabei, wenn es um die Distanzierung von „gewalttätigen“ Demonstrant_innen geht. Das führt dazu, dass viele verunsichert sind und nicht mehr genau wissen, wie sie weiter machen sollen.

Die Rolle der Grünen..

Die Grünen, vor der Landtagswahl noch stärkste Kraft im K21-Bündnis, konzentrieren sich nun vor allem darauf, einen möglichst guten Eindruck (bei den Kapitalist_innen) als führende Partei in der Landesregierung zu

hinterlassen. Die Grünen sind zwar nach wie vor offiziell gegen S21, allerdings tendiert ihr Koalitionspartner, die SPD, eher dazu für S21 zu sein. In einem sind sie sich aber garantiert sicher. Sie distanzieren sich geschlossen von Aktionen, wenn diese den „Aktionskonsens“ der Bewegung überschreiten, der von bürgerlichen Führer_innen undemokratisch festgelegt wurde!

Genau hierin liegt das Problem, weswegen sich viele unsicher sind und nicht wissen, was zu tun ist. Dazu kommt dann noch die Tatsache, dass es keine demokratisch gewählte Führung in der Protestbewegung gibt. Hier haben sich die Grünen an die Spitze gestellt und verteidigen ihren Führungsanspruch. Es ist dieser Führungsanspruch einer offen bürgerlichen Partei, die lieber schlichtet, als den Konflikt zugunsten der Protestierenden zuzuspitzen, die lieber laviert als mobilisiert, der die Protestbewegung in den Abgrund stürzt.

Was sagt uns der Stresstest...

Vor kurzem wurde der, bei der Schlichtung vereinbarte, Stresstest veröffentlicht. Und, welch Wunder – Stuttgart 21 hat den Stresstest gewonnen. In Wirklichkeit ist diese Tatsache natürlich kein Wunder, konnte die Bahn doch quasi bestimmen, welche Kriterien in dem Stresstest gewertet werden würden. Ganz davon abgesehen, ist die DB einer der wichtigsten Auftraggeber der SMA, dem Institut, dass Stuttgart 21 „getestet“ hat.

Aber auch von dem jetzigen Ergebnis des Stresstestes abgesehen, war es von vornherein eine Illusion zu glauben, dass dieser zu Gunsten der Bewegung ausgehen könnte. Einerseits lag offen auf der Hand, wer Inhalt und Ablauf dieses „Testes“ kontrollieren würde, nämlich die deutsche Bahn gemeinsam mit dem Filz der staatlichen Bürokratie, und nicht die Bewegung. Zweitens war bereits vor dem Test allgemein bekannt, welche Vor- und Nachzüge Stuttgart 21 haben würde. Der Test also objektiv völlig unnötig. Jeder der in Stuttgart war und sich auf der Straße mit den Menschen unterhielt, konnte bestätigen, dass dort ein bei weitem größeres Wissen über Stuttgart 21 und die Zusammenhänge vorherrschte, als bei irgendwelchen schweizerischen Testern oder heuchlerischen Bundespolitikern, die nun Urteile fällen und

Statements abgeben.

Der Stresstest war also von vornherein eine Farce und ein billiges Spielchen, dass mit der Bewegung geführt wurde. Ein Spielchen, auf das sich die Führung und speziell die Grünen bereitwillig einließen. Wir erinnern uns, mit welcher Freude das K21-Bündnis die Gesprächsangebote von Geißler und Mappus annahmen, um mit diesen „auf Augenhöhe verhandeln“ zu können. Wir erinnern uns aber vor allem daran, welchen Zusammenbruch die Bewegung miterleben musste, ab dem Tag, als die Verhandlungen begannen.

...und die Volksabstimmung?

Nun setzen die selbsternannten Führer auf ein „neues Pferd“. Die Volksabstimmung!

Doch auch hier ist Vorsicht geraten. Es ist nicht klar, wie eine solche Abstimmung ausgehen mag. Denn wer bestimmt über Formulierungen und Ablauf dieser Abstimmungen? Es ist der bürgerliche Staat und über ihn die DB, die Aktionäre und Immobilienspekulanten, die an S21 verdienen wollen.

Aber auch die Presse hat ihr wahres Gesicht in den letzten Monaten zeigen können. Es ist naiv anzunehmen, man könne einfach durch „die besseren Argumente“ gegen die bürgerlichen Medien und eine vom Kapital breit angelegte Kampagne gewinnen.

Und selbst wenn eine Volksabstimmung Erfolg haben sollte, ist das keine hundertprozentige Garantie für den Stopp von S21. DB und Konsorten haben vor keiner noch so widerlichen Trickserei und Notfalls auch vor dem Knüppel nicht zurückgeschreckt. Auch das musste die Bewegung schmerzlich zu spüren bekommen.

Wie kann S21 doch noch gestoppt werden?

Mittlerweile hat sich eine seltsame Mischung aus Vertrauen in die Grünen als Regierungspartei und Demoralisierung, bei den von den Grünen desillusionierten, in der Bewegung breit gemacht. Die momentane Bewegung wird den Bau von S21 oder S21 Plus nicht aufhalten können.

Doch in ihr schlummert das Potential S21 zu stürzen. 2010 haben wir riesige Mobilisierungen und zehntausende auf den Straßen gesehen, die Schwarz-Gelb mächtig druck machten. Doch genau hier liegt das Problem! Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Führer_innen der Bewegung, wollten uns weiß machen, dass „Druck“ allein genügen würde, um das „Gewissen“ der „Herrn da oben“ zu erweichen. Das war offensichtlich ein Trugschluss.

Was die Bewegung braucht ist natürlich eine erneute Ausdehnung der Mobilisierung. Massenproteste und groß angelegte Aktionen. Diese dürfen aber nicht an dem so genannten „Aktionskonsens“ halt machen. Die Bewegung darf sich nicht an dem Gejammer der Grünen aufhalten, die besorgt sind, weil das Grundwassermanagement demoliert wurde oder weil ein Bahnhofsteil besetzt wird.

Auch Besetzungen und Streiks sind nötige Mittel, um aus dem Protest einen wahren Widerstand gegen S21 zu machen. Um solche Aktionen zu bewerkstelligen ist es aber unerlässlich, dass die Bewegung sich endlich demokratische und transparente Strukturen gibt, die in erster Linie Aktionen gegen S21 planen, darüber hinaus aber auch die politischen Perspektiven des Widerstandes offen diskutieren. Solche Strukturen müssen die Führer_innen der Bewegung aus ihren Reihen demokratisch wählen und nicht von oben vorgesetzt bekommen!

Die einzige reale Kraft, die dazu in der Lage wäre eben genannte Aktionen durchzuführen und die auch dazu Willens wäre, ist die Arbeiterklasse. Sie kann dem Protest gegen S21 neuen Aufschwung zu geben. Doch diese wird momentan von der Gewerkschaftsbürokratie, der SPD und den Führer_innen der Bewegung nicht in den Protest miteinbezogen, sondern vielmehr draußen gehalten. Wenn die Arbeiter_Innen gemeinsam mit den Jugendlichen zusammen eine Aktion, wie eine Blockade, gemeinsam organisieren und durchführen würden, würde das nicht nur die Solidarität stärken, sondern auch zeigen, dass noch „leben“ in der Protestbewegung steckt.

Aber um das zu bewerkstelligen ist eine gemeinsame Koordinierung unabdingbar. Es ist wichtig, dass der Kampf gegen S21 mit anderen Kämpfen verbunden wird, wie beispielsweise Bildungsprotesten oder Tarifikämpfen. Es

ist genauso wichtig auch Sozialproteste und die Anti-Atom-Bewegung miteinzubeziehen, denn S21 und alles andere aufgezählte haben eine gemeinsame Ursache, den Kapitalismus!

Nur eine revolutionäre Perspektive, die diesen Umstand begreift ist im Endeffekt dazu in der Lage eine Bewegung aufzubauen, deren Strukturen, Aktionen und Zielsetzung in sich schlüssig, demokratisch und im Interesse der Basis sind.